



HESSISCHER LANDTAG

17.01.2006

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses vom 07.12.2005

Drucksache 16/4934 zu Drucksache 16/4584

- Einzelplan 04 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 71

Lehrerbildung

Zu Titel 422 61

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf
- Laufende Zahlungen -

Im Stellenplan zu Kap. 04 71 - 422 61 werden 150 zusätzliche Referendarstellen der Besoldungsgruppe A 13 (Kennung 410) und 350 zusätzliche Referendarstellen der Besoldungsgruppe A 12 (Kennung 401) ausgebracht und mit dem Haushaltsvermerk: „künftig wegfallend zum 31.07.2008“ versehen.

Dem Stellenplan wird folgende Erläuterung angefügt:

„Die neuen Stellen stehen ab dem 01.08.2006 zur Verfügung.“

Begründung:

Zur Bewältigung einer erhöhten Zahl von Bewerbungen für den Vorbereitungsdienst der Lehrämter bei gleichzeitiger voller Auslastung des bisherigen Stellenrahmens im Zusammenhang mit den Umstellungen der Einstellungstermine ist eine vorübergehende Stellenaufstockung im Bereich des Vorbereitungsdienstes angezeigt.

Diese Stellenaufstockung verhindert die Entstehung eines „Bewerberbergs“ und liegt im Interesse einer im Hinblick auf die Alterspyramide der Lehrkräfte dringend erforderlichen vorausschauenden Nachwuchsgewinnung für den Schulbereich.

Das Ausmaß der Bewerbungen für den Vorbereitungsdienst, insbesondere aus anderen Bundesländern, war in diesem Maße nicht vorhersehbar, ist aber insgesamt als

positives Ergebnis der hessischen Bemühungen um zukünftige Lehrkräfte einzuschätzen.

Für die betroffenen Bewerberinnen und Bewerber wäre eine Abweisung nicht nachvollziehbar, da sowohl die von der Landesregierung getroffenen werblichen Maßnahmen für bestimmte Lehrämter und Mangelfächer als auch die Umstellungen der Einstellungstermine durch das neue Lehrerbildungsgesetz, mit nunmehr besserer und unmittelbarer Anschlussmöglichkeit an die Studienabschlüsse, diese Bewerbungen bewirkt haben.

Wiesbaden, 17. Januar 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Christean Wagner (Lahntal)